

## K1ONEU Allen Kindern und Familien müssen wir gezielt den Rücken stärken

Antragsteller\*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.4 Grün wählen und Baden-Württemberg zusammenhalten

### 1 Kapitel 10: Kinder, Jugend und Familie

#### 2 Allen Kindern und Familien müssen wir gezielt den Rücken stärken

3 Kinder und Jugendliche sollen in Baden-Württemberg gesund aufwachsen und eine  
4 faire Chance auf ein gutes Leben haben. Familien stärken, Kinderarmut bekämpfen,  
5 Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ausbauen und sie vor Gewalt  
6 schützen – dafür kämpfen wir. Wir unterstützen Familien in ihrer ganzen  
7 Vielfalt.

8 Um junge Eltern und ihre neugeborenen Babys bestmöglich zu begleiten, haben wir  
9 in Baden-Württemberg das Landesprogramm STÄRKE neu aufgestellt. Auch mit anderen  
10 Elternbildungsangeboten und frühen Hilfen setzen wir neue Impulse für die  
11 Familienbildung in den Kommunen und Landkreisen. Unser Ziel ist es, sie dabei  
12 niedrigschwellig zu unterstützen, ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und  
13 alle Eltern zur Eigenverantwortung zu befähigen. Dafür haben wir als grün-  
14 geführte Landesregierung die Entwicklung einer „Rahmenkonzeption Familienbildung  
15 BW“ gefördert. Jetzt geht es uns darum, diese Schritt für Schritt umzusetzen.

16 Vielen Familien in Baden-Württemberg geht es materiell gut. Und doch lebt fast  
17 jedes fünfte Kind in Armut. Besonders betroffen sind Kinder in Familien mit  
18 Migrationshintergrund, Kinder von Alleinerziehenden und Kinder in kinderreichen  
19 Familien. Das nehmen wir Grüne nicht hin! Auf Bundesebene streiten wir deswegen  
20 für eine wirksame Kindergrundsicherung, um Kinderarmut zu verhindern. Wir setzen  
21 uns außerdem dafür ein, Care-Tätigkeiten aufzuwerten und sie angemessen zu  
22 bezahlen. Wer eine Erwerbstätigkeit für Erziehungszeiten unterbricht, soll  
23 sozial besser abgesichert sein. Wir machen uns stark für ein Rückkehrrecht von  
24 Teilzeit auf Vollzeit, für flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie gute und  
25 verlässliche Betreuungsangebote.

26  
27 Und auch in der Regierungsverantwortung im Land haben wir einiges angestoßen.  
28 Unser Ziel: Kein Kind soll in Armut aufwachsen müssen!

29 Mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015 haben wir die  
30 Grundlage gelegt, damit endlich anerkannt wird: Soziale Ausgrenzung, Armut und  
31 besonders Kinderarmut sind eine landespolitische Herausforderung! Um Kinderarmut  
32 zu bekämpfen und gleiche Startchancen zu schaffen, haben wir den Ideenwettbewerb  
33 „Starke Kinder – chancenreich“ ins Leben gerufen. Wir fördern kommunale und  
34 regionale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut. Weil diese Konzepte sich  
35 bewährt haben, wollen wir sie im ganzen Land etablieren.

36  
37 Impulse für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung entwickeln und  
38 beraten wir – als Konsequenz aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung –  
39 mit einem Beirat, in dem Wissenschaft, Politik, Sozialverbände und Betroffene  
40 vertreten sind. Mit diesem Beirat wollen wir ein landesweites  
41 Familienförderkonzept schaffen, das Familien in benachteiligten Lebenslagen  
42 besonders berücksichtigt.

43 Uns ist es ein zentrales Anliegen, Kinder und Jugendliche vor jeglicher Form von  
44 Gewalt zu schützen. Dazu haben wir mit zahlreichen Initiativen wichtige  
45 Grundlagen gelegt und die Schutzmechanismen verbessert. Wir haben zudem die  
46 Mittel für Frauen- und Kinderschutzhäuser sowie ambulante Hilfseinrichtungen  
47 deutlich erhöht. Gleiches gilt für Gewaltambulanzen. Hier können Opfer die  
48 Spuren nach einem Gewaltverbrechen gerichtsfest sichern lassen, auch wenn sie  
49 noch nicht entschieden haben, ob sie Anzeige erstatten wollen. Wir wollen Kinder  
50 und Jugendliche bei Gerichtsverfahren vor Retraumatisierung und  
51 Gewissenskonflikten gegenüber Familienangehörigen schützen.

52 Wir wollen die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken und ihnen mehr Gehör  
53 verschaffen. Dazu bauen wir ein landesweites, unabhängiges Ombudssystem auf. Es  
54 unterstützt sie dabei, ihre Interessen in der Kinder- und Jugendhilfe zu  
55 vertreten. Dieses Ombudssystem ist in der Jugendhilfe auch eine wichtige  
56 Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder.

57 Demokratie erlernt am besten, wer sie real erlebt: Junge Menschen sollen bereits  
58 ab 16 Jahren auf allen Ebenen wählen können. Mit dem Masterplan Jugend und dem  
59 Landesjugendplan stärken wir die Strukturen der offenen Jugendarbeit, die von  
60 den unterschiedlichsten Vereinen und Einrichtungen getragen wird. Der Masterplan  
61 orientiert sich an der Vielfalt, die unsere Gesellschaft ausmacht. Er setzt  
62 insbesondere darauf, Kinder und Jugendliche zu beteiligen, Demokratie zu fördern  
63 und sozial benachteiligte junge Menschen gezielt zu unterstützen. Damit bringen  
64 wir auch die Inklusion von Menschen mit Behinderungen voran. Die landesweite  
65 „Servicestelle Partizipation“ unterstützt seit 2018 systematisch die Teilhabe  
66 von Jugendlichen.

67 In vielen Initiativen und Formaten vor Ort können junge Menschen Beteiligung  
68 erleben. Dazu gehören etwa die Jugendgemeinderäte und Regionalkonferenzen sowie  
69 auf Landesebene der Jugendlandtag und der Kindergipfel im Landtag. Wir wollen  
70 darüber hinaus einen Jugendrat auf Landesebene einführen, der den jungen  
71 Generationen mehr Gehör in der Landespolitik verschafft.

72 Gerade jetzt: Familien fördern und entlasten

73 Familien stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Kinder und Jugendliche  
74 wachsen in einer Zeit auf, die durch existenzielle Zukunftsängste geprägt ist.  
75 Fridays for Future haben diese Ängste auf die Straße getragen. Sie fordern  
76 grundlegende Veränderungen ein, um die Klimakrise aufzuhalten. Gleichzeitig  
77 leben wir in einer Zeit des rasanten digitalen Wandels. Digitale Kommunikation  
78 und Vernetzung sind nicht nur für Kinder und Jugendliche heute  
79 selbstverständlich. Umso wichtiger ist es, ihnen eine umfassende Medienkompetenz  
80 und einen verantwortungsvollen Umgang mit angesagten sozialen Medien und anderen  
81 Internetplattformen zu vermitteln. Das macht sie stark, um nicht auf Fake News  
82 und Verschwörungsmäthen hereinzufallen.

83 Neue Formen der Kommunikation schaffen neue Möglichkeiten, miteinander in  
84 Kontakt zu kommen und zu bleiben. Darin stecken auch neue Chancen für den  
85 familiären Zusammenhalt. Getrennt lebende Familien können sich nah sein und  
86 täglich austauschen, auch wenn Hunderte Kilometer zwischen ihnen liegen. Doch  
87 ein Mehr an Kommunikation und Vernetzung heißt nicht automatisch, dass die  
88 Bindungen vertieft und der Zusammenhalt gestärkt werden. Vielen Eltern bereitet  
89 der ständige Medienkonsum ihrer Kinder Sorgen.

90 Familie in den 2020er-Jahren heißt, ganz unterschiedliche Rollen und Erwartungen  
91 zusammenzubringen. Nicht nur innerhalb der Familie, auch in der Arbeit und im  
92 Ehrenamt. Genug Zeit für die Kinder zu haben, den Anforderungen im Job gerecht  
93 zu werden, den Haushalt in Schuss zu halten und Freunde nicht zu  
94 vernachlässigen: An allen Ecken und Enden gibt es viel zu tun.

95 Die Corona-Krise hat diese Herausforderungen noch einmal verschärft. In den  
96 vergangenen Monaten haben Familien mit Kindern eine riesige Last geschultert.  
97 Home-Office und Home-Schooling haben viele Familien stark belastet. Viele Frauen  
98 wurden in traditionelle Rollenbilder zurückgeworfen. Alleinerziehende hat die  
99 Corona-Krise besonders hart getroffen.

100 Die Krise hat nochmals deutlich gemacht: Auch in Baden-Württemberg sind Kinder  
101 ein Armutsrisiko. Das darf nicht sein! Deswegen ist es uns wichtig, gerade jetzt  
102 Familien mit Kindern zu unterstützen. Als Land ermöglichen wir es den Kommunen,  
103 auch in einer wirtschaftlich schwierigen Lage mit rückgehenden Steuereinnahmen  
104 ihre Freiwilligkeitsleistungen für Kinder und Familien aufrechtzuerhalten.

105 Wir stärken Familien – in all ihrer Vielfalt

106 Für viele Menschen ist die Familie das Fundament ihres Zusammenlebens und ihres  
107 Glücks. Familie heißt: Menschen übernehmen dauerhaft füreinander Verantwortung,  
108 kümmern sich umeinander und sind füreinander da. Das unterstützen wir in aller  
109 Vielfalt: mit oder ohne Trauschein, alleinerziehend oder mit Partner\*in, mehr-  
110 oder gleichgeschlechtlich, mit und ohne Migrationshintergrund, im Rahmen einer  
111 biologischen Elternschaft oder als Pflege- und Adoptivfamilie, als Patchwork  
112 oder Mehr-Eltern-Konstellation. All diese Familienformen leisten einen wichtigen  
113 Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.

114 Familien können sich auf uns verlassen. Sie sind das Rückgrat unserer  
115 Gesellschaft. Damit sie gut leben können, brauchen sie ein Umfeld, das sie  
116 unterstützt. Dazu gehört besonders eine gute soziale Infrastruktur für Bildung,  
117 Gesundheit und Betreuung für alle Kinder und Jugendlichen.

118 Wir geben allen Familien die Unterstützung, die sie brauchen. Das heißt zum  
119 Beispiel: Auch für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen muss es verlässliche  
120 und inklusive Bildungs- und Betreuungsangebote geben. Das bedeutet auch, dass  
121 wir das Problem Kinderarmut zielgenau und überall im Land angehen. Wir werden  
122 ein Präventionsnetz gegen Armut und Bildungsbenachteiligung bis weit ins  
123 Jugendalter schaffen.

124 Wir wollen Familien in die Lage versetzen, selbst Verantwortung zu übernehmen.  
125 Kinder und Jugendliche sollen in einem Umfeld aufwachsen, in dem demokratische  
126 Werte selbstverständlich sind. Sie sollen erleben, dass jeder Mensch etwas  
127 beitragen kann.

128 Prävention, Elternbildung und Beratung weiter fördern

129 Wer beteiligt wird, lernt, soziale Verantwortung zu übernehmen. Soziale Arbeit  
130 hat hier eine wichtige Unterstützungsfunktion: Sozialarbeiter\*innen in Schulen  
131 und Kitas sind wichtige Ansprechpersonen für Kinder und Jugendliche. Auch die  
132 Verzahnung von Jugendhilfe und Bildungsangeboten eröffnet Freiräume und Ideen,  
133 wie ein gutes Leben gestaltet sein kann. Soziale Arbeit beugt damit sozialer  
134 Ausgrenzung sowie Gewalt und Kriminalität vor. Die Jugendsozialarbeit leistet  
135 eine wichtige Präventions- und Unterstützungsarbeit. Wir wollen sie deshalb

136 bedarfsgerecht ausbauen. Dafür schaffen wir die Rahmenbedingungen in den  
137 Sozialräumen und die notwendigen rechtlichen Grundlagen. Dabei ist es uns im  
138 Sinne des jeweiligen Sozialraums und der Beschäftigten wichtig, dass bewährte  
139 und gewollte Projekte in eine verlässliche Regelfinanzierung übergehen, statt  
140 sich kurzfristig von einem Projektantrag zum anderen retten zu müssen. Diese  
141 „Projektitis“ muss überwunden werden.

142 Kinder, Jugendliche und Familien brauchen offene und öffentliche Räume, die zu  
143 ihren Bedürfnissen passen. Das sind zum Beispiel niedrigschwellige Angebote wie  
144 Stadtteil- und Krank. Wir wollen eine Koordinationsstelle auf Landesebene  
145 schaffen, um die Kommunen flächendeckend mit solchen Zentren zu versorgen. Die  
146 Koordinationsstelle soll die Städte, Gemeinden und Träger dabei beraten und  
147 begleiten, Konzepte zu erstellen und Qualitätsstandards weiterzuentwickeln.  
148 Hierbei wollen wir die migrationsgesellschaftliche und interkulturelle Öffnung  
149 dieser Einrichtungen vorantreiben.

150 In der grün-geführten Landesregierung haben wir vielfältige Maßnahmen für ein  
151 kinderfreundliches Baden-Württemberg angestoßen. Diese Vorhaben entfalten ihre  
152 Wirkung. Wir wollen sie konsequent fortführen. Damit jedes Kind gesund und  
153 sicher aufwächst. Damit Familien stark bleiben. Damit Kinder und Jugendliche von  
154 klein auf beteiligt werden.

155 Als zentrales Instrument der allgemeinen Familienförderung wird die  
156 Familienbildung weiter gestärkt. Sie wendet sich prinzipiell an alle Familien,  
157 enthält jedoch auch wirksame Komponenten zur Armutsprävention und zur  
158 Verbesserung von Bildungsverläufen.

159  
160 Dazu wird die Struktur auf Landesebene gestärkt. Das beim Landesfamilienrat  
161 angesiedelte Netzwerk Familienbildung Baden-Württemberg erhält eine personelle  
162 und finanzielle Ausstattung, mit der auch die Beratung und Begleitung aller  
163 Familienbildungs-Träger auf kommunaler Ebene erfolgen kann.

164  
165 Wir brauchen flächendeckend kommunale Konzepte zu einem bedarfsgerechten,  
166 bezahlbaren und niedrigschwelligen Angebot für Familien in allen Lebenslagen und  
167 allen Lebensphasen.

168 Familienerholung erhalten und ausbauen

169 Qualitätszeit in der Familie wird zu einem hohen Gut. Mehr als ein Viertel der  
170 Familien im Land kann nach den Ergebnissen des Armuts- und Reichtumsberichts  
171 keinen Urlaub machen. Einrichtungen der Familienerholung in Baden-Württemberg  
172 bieten Familien die Möglichkeit zur Erholung und Regeneration, aber auch Zeit  
173 für Austausch, Information und Bildung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die  
174 Familienerholung erhalten bleibt und ausgebaut wird.

175

176 Kein Kind soll in Armut aufwachsen!

177 Kein Kind soll in Armut aufwachsen! Deshalb wollen wir die regional erprobten  
178 Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut in allen Regionen des Landes etablieren.  
179 Im Bund setzen wir uns für eine Kindergrundsicherung ein. Sie soll allen Kindern  
180 faire Chancen und ein gutes Aufwachsen ermöglichen. Auch damit wollen wir  
181 Kinderarmut wirksam verhindern und gleichzeitig alle Familien unterstützen.  
182 Besonders den Müttern und Vätern, die jeden Tag zu kämpfen haben, soll die  
183 Kindergrundsicherung ein deutliches Plus im Portemonnaie bescheren.

184 Kinderschutz stärken – Gewalt konsequent bekämpfen

185 Besonders beim Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt – im persönlichen  
186 Umfeld und im Internet – sowie beim Schutz vor häuslicher Gewalt bleibt noch  
187 viel zu tun. Wir wollen dafür einheitliche fachliche und personelle Standards in  
188 der Jugendhilfe durchsetzen. Unser Ziel ist es, flächendeckend eine unabhängige  
189 Fachberatung gegen jegliche Form von Gewalt gegen Kinder einzurichten. Bereits  
190 jetzt finanzieren wir eine landesweite Dachstruktur, die Einrichtungen gegen  
191 sexualisierte Gewalt verbindet. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen sollen  
192 mit diesen Partner\*innen landesweit verlässliche Netzwerke für den Kinderschutz  
193 entstehen – von den Bildungseinrichtungen über freie Träger bis zu den  
194 Jugendämtern. Für einen „Masterplan Kinderschutz“ wollen wir eine Vereinbarung  
195 mit den Kommunen treffen und auf Landesebene die Funktion einer\*eines  
196 Beauftragten gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder schaffen. In der  
197 Familiengerichtsbarkeit wollen wir Fortbildungen verbindlich machen und  
198 angemessen mit Personal ausstatten. Die Strafverfolgung von Gewalt wollen wir  
199 personell und fachlich stärken. Die Beweissicherung durch Opferschutzambulanzen  
200 wollen wir nach dem Vorbild der Gewaltambulanz Heidelberg landesweit  
201 ermöglichen. Um Mädchen in Baden-Württemberg vor weiblicher Genitalverstümmelung  
202 (FGM) zu schützen, starten wir eine Präventionskampagne. Ziel ist es, Opfer und  
203 Täter über die Mythen rund um weibliche Genitalverstümmelung aufzuklären. Auch  
204 im Sexualkundeunterricht und Medizinstudium sollte dieses Thema einen Platz  
205 finden.

206 Kinder und Jugendliche, die in Trennungssituationen leben, brauchen  
207 Mitbestimmung und Beratung – unabhängig von den Eltern. Dazu gehört das Recht  
208 auf einen eigenen Verfahrensbeistand in Familiengerichtsverfahren.

209 Kinder und Jugendliche haben was zu sagen – für mehr Beteiligung vor Ort

210 Wir wollen vielfältige Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen  
211 bekannter machen und sie mit den Beteiligungskonzepten der Schulen sowie den  
212 Akteur\*innen der Kinder- und Jugendarbeit verknüpfen. Dazu wollen wir ein  
213 Modellprojekt bei der Landeszentrale für politische Bildung auflegen, das sich  
214 an Landeschüler\*innenbeiräte, Vertreter\*innen von Jugendforen,  
215 Jugendgemeinderäte und andere freie Jugendgruppen richtet. Die Jugendlichen  
216 selbst sollen die Ausschreibung, die Auswahl und die Begleitung der  
217 Projektanträge gestalten. Die politische Bildung innerhalb und außerhalb der  
218 Schule wollen wir stärken.

219 Wir haben erreicht, dass Kinder und Jugendliche sich in den Kommunen deutlich  
220 mehr einmischen, etwa in Jugendgemeinderäten oder Jugendforen. Das wollen wir  
221 weiter ausbauen. Das Wahlalter möchten wir auf allen Ebenen auf 16 Jahre senken.

222 Das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr bieten heute  
223 schon vielen Jugendlichen die Chance, sich zu engagieren und sich persönlich  
224 weiterzuentwickeln. Wir haben die Landesmittel dafür kontinuierlich erhöht und  
225 stehen für den weiteren Ausbau.

226 Medienkompetenz stärken, Mobilität familiengerecht gestalten

227 Auch im Familienleben ist es wichtig, bewusst, reflektiert und kompetent mit  
228 digitalen Technologien umgehen zu können. Um das zu lernen, braucht es  
229 Medienangebote in der Schule genauso wie die Unterstützung der Eltern. Kinder  
230 und Jugendliche müssen im geschützten Rahmen Erfahrungen sammeln und sich

231 ausprobieren können. Zudem brauchen wir verbindliche Maßnahmen für einen  
232 funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutz und das Bewusstsein für eine  
233 Medienethik.

234 Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen familiengerechte Mobilitätskonzepte  
235 erstellen und umsetzen. Gerade in einer Welt, in der sich der Alltag zunehmend  
236 an vielen verschiedenen Orten abspielt, ist Mobilität von großer Relevanz. Das  
237 betrifft Familien im Alltag in besonderer Weise – ob nun morgens auf dem Weg zu  
238 Kita und Schule oder zu Fußballtraining und Klavierunterricht am Nachmittag. Wir  
239 setzen uns dafür ein, dass Wege in Städten und Kommunen auch für Familien ohne  
240 Auto gut zu bewältigen sind. Eine Verkehrsplanung, die an Familienfreundlichkeit  
241 ausgerichtet ist, erhöht die Verkehrssicherheit und stärkt den Erhalt der  
242 Nahversorgung.

243 Darum Grün!

244 Wer Grün wählt, stimmt für

- 245 • Baden-Württemberg als starkes Land für Kinder, Jugendliche und Familien in  
246 all ihrer Vielfalt
- 247 • Prävention und Schutz vor Kinderarmut und Schutz der Kinder vor jeglicher  
248 Form von Gewalt
- 249 • den Ausbau der gelebten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- 250 • mehr Medienbildung und die Stärkung des Jugendmedienschutzes
- 251 • eine Verkehrs- und Bauplanung, die an den Interessen von Kindern,  
252 Jugendlichen und Familien ausgerichtet ist